



Regierungsratsbeschluss vom 25. September 2018

Eidgenössisches Departement des Innern EDI; Stabilisierung der AHV (AHV 21); Vernehmlassung

P180946

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Sozialversicherungen.

Begründung

Der Regierungsrat unterstützt die Vorlage des Bundesrates über eine Reform zur Stabilisierung der AHV (AHV 21), einschliesslich der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze als Zusatzfinanzierung für die AHV. Für den Regierungsrat ist die Wahrung des heutigen Rentenniveaus in der Altersvorsorge eine zentrale Grundbedingung der Reform. Ein Abbau von Sozialversicherungsleistungen müsste zwangsläufig durch bedarfsabhängige Sozialleistungen der Kantone und Gemeinden aufgefangen werden. Die in der Vorlage vorgesehene flexible Gestaltung der Pensionierung zwischen 62 und 70 sowie die Erhöhung des Referenzalters für Frauen auf 65 und die Ausgleichszahlungen für die davon betroffene Übergangsgeneration werden vom Regierungsrat unterstützt.

